



ACTION PRESS

Schäuble, Koch, Stoiber

über gerätselt, ob Schäuble nächster Außenamtschef werden könnte.

Seit Ende der sechziger Jahre fiel das Außenministerium stets an den kleinen Koalitionspartner. Wegen der FDP-Führungsquerelen und des verheerenden internationalen Echos auf die Antisemitismusdebatte bei den Liberalen erwägt man in der Union jetzt jedoch, nach einem Wahlerfolg den Job des obersten deutschen Diplomaten an einen Politiker aus den eigenen Reihen zu vergeben. Schäuble soll im Auftrag Stoibers auch ein „Sofortprogramm“ für die ersten Monate nach der Wahl schreiben. Hessens Ministerpräsident Roland Koch und Niedersachsens CDU-Chef Christian Wulff warnen allerdings davor, Reformen ohne Rücksicht auf die Landtagswahlen in ihren Ländern am 2. Februar 2003 anzupacken. „Wenn man nach der Bundestagswahl unpopuläre Maßnahmen vorhat, die man vorher nicht sagen will“, so Wulff, „dann ist das mit Roland Koch und mir nicht zu machen.“ Schäuble dagegen lehnt Verzögerungen ab: „Eine Chance, Reformen umzusetzen, hat man nur am Anfang.“ Diese Ansicht teilt auch der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann: „Die Grausamkeiten muss man zu Beginn begehen.“

UNION

## Stoiber holt Schäuble

Ex-CDU-Chef Wolfgang Schäuble soll diese Woche offiziell ins Schattenkabinett von Kanzlerkandidat Edmund Stoiber berufen werden. Schäuble übernimmt in dem so genannten Kompetenzteam die Außen-, Sicherheits- und Europapolitik. Da Stoiber bislang stets betont hat, wer in dem Team mitarbeite, müsse nach dem 22. September auch für einen Ministerposten in Berlin zur Verfügung stehen, wird nun in der Union dar-

folgt. Auch wollen die Grünen keine weiteren Subventionen für den Steinkohlenbergbau „für die Zeit nach 2010“, wie sie die SPD verlangt. Während etliche Grünen-Funktionäre am liebsten ganz offen auf Konfrontationskurs zur SPD gingen, bremst Spitzenkandidat Joschka Fischer. Er will erst in der heißen Wahlkampfphase polarisieren. „Dann werden wir gegebenenfalls ganz schnell umschalten“, sagt ein Fischer-Vertrauter, „und für eine starke Opposition mobilisieren – gegen die drohende große Koalition.“

ROT-GRÜN

## Neuer Konfliktkurs

Dreieinhalb Monate vor der Bundestagswahl ist der Ton unter den rot-grünen Koalitionspartnern rauer geworden. Kühl hat Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in der vergangenen Woche zwei Projekte kassiert, die 1998 im Koalitionsvertrag ausdrücklich vereinbart worden waren: Die SPD stellte die Arbeit am Anti-Diskriminierungsgesetz sowie am geplanten Informationsfreiheitsgesetz ein. Schröders Begründung: „Wir können uns jetzt keinen Streit mit den Wirtschaftsverbänden leisten“ – die hatten gegen beide Vorhaben interveniert. Schröders grüne Partner ihrerseits blockieren nun Anliegen der Sozialdemokraten: So wird der Militärische Abschirmdienst (MAD) weiterhin nur im Inland tätig sein dürfen; Verteidigungsminister Rudolf Scharpings Vorstoß, zum Schutz deutscher Soldaten auch MAD-Auslandseinsätze zuzulassen, wird nicht weiter ver-



Koalitionspartner Fischer, Schröder

WERNER SCHUERING

HAUSHALT

## Eichels Sorgen

Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) muss im nächsten Jahr eineinhalb bis zwei Milliarden Euro mehr an Schulden aufnehmen als geplant, wenn sich seine Kollegen bei den laufenden Haushaltsberatungen durchsetzen. „Dann wird die Luft ziemlich dünn“, heißt es im Finanzministerium mit Blick auf Eichels Ziel, die Netto-Neuerschuldung 2003 auf 15,5 Milliarden Euro zu senken und bis 2006 den Etat auszugleichen. Entwicklungshilfe-Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul fordert 430 Millionen Euro zusätzlich, um das Versprechen des Kanzlers zu erfüllen, die Entwicklungshilfe bis 2006 auf 0,33 Prozent des Bruttosozialprodukts anzuheben. Für die Mittelstandsförderung wünscht sich Wirtschaftsminister Werner Müller eine runde viertel Milliarde zusätzlich, auch um Unions-Schattenminister Lothar Späth Wind aus den Segeln zu nehmen. Offiziell heißt es bei Eichel, die Beratungen liefen „erstaunlich ruhig“, doch hinter den Kulissen wird zäh gerungen: Selten gab es so viele Verhandlungstermine auf Ministerebene wie im laufenden Wahljahr.